



SLP in Wien wählbar:

Jetzt sozialistische Alternative aufbauen!

Blau-Schwarz ist weg. Das ist gut so. Doch von SPÖ und Grüne ist keine grundsätzlich andere Politik zu erwarten. Die Sozialistische LinksPartei (SLP) tritt bei den Neuwahlen am 24. November in Wien an. Wir können mit Ihrer Hilfe die undemokratische Hürde der 500 zu sammelnden Unterstützungserklärungen nehmen. Wir halten unsere Kandidatur für nötig, um eine sozialistische Alternative in den Wahlkampf einzubringen.

**VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN-MITTE**

Die SLP war Teil der Bewegung gegen Blau-Schwarz. Als sozialistische Partei leisten wir Widerstand gegen jeden Sozialabbau und Rechtsruck - egal von welcher Seite er kommt.

WEN WÄHLEN?

Auch wenn Blau-Schwarz gescheitert ist, zeichnet sich ein "Ende der Wende" nicht ab. Eine Schüssel-II-Regierung, eine große Koalition, aber auch rosa-grün - sie alle stehen für weitere neoliberalen Reformen. Alle vier Parteien haben den Führern von Wirtschaft und Industrie bereits versichert, Unternehmerforderungen nach der Wahl umzusetzen. Genau diese Politik hat in Österreich und ganz Europa seit mehreren Jahren die Basis für rechtsextreme Kräfte wie die FPÖ geschaffen. Haider's Aufstieg wäre undenkbar ohne die Zerschlagung der Verstaatlichten, den Sparpaketen, aber auch den rassistischen Maßnahmen der großen Koalition gewesen. Wer die FPÖ in Zukunft wirklich stoppen will, der sollte heute keine der vier neoliberalen Parteien wählen.

SLP IN DER PRAXIS

Die Arbeit der SLP in der Praxis sieht man/frau anhand unserer Kampagne für Frauenrechte. Seit über einem Jahr mobilisieren wir regelmäßig vor die Lucina-Klinik im 2. Bezirk, um dort gegen die Belästigungen der radikalen Abtreibungsgegner zu demon-

strieren. Dass wir diesen Fundamentalisten ein Dorn im Auge sind, beweist die Klage des Chefs von "Human Life International" gegen die SLP-Frauensprecherin Claudia Sorger. Neben Bundes- und Frauensprecherin Sonja Grusch ist Claudia Spitzenkandidatin der SLP für den 24. November.

In den 90ern waren wir an den SchülerInnen-Protesten gegen Bildungsabbau beteiligt. Der große Schulstreik gegen Blau-Schwarz vom Februar 2000 wurde von uns initiiert. Wir haben die Streiks der Postbus-KollegInnen und zuvor der Lehrenden an den Unis und in den Vorarlberger Schulen unterstützt. Wir vertrauen in die Kraft solcher Bewegungen, Angriffe zurückzuschlagen und Verbesserungen zu erreichen. Darin liegt im wesentlichen der (Neu-)Aufbau der sozialistischen Alternative.

FÜR EINEN KÄMPFERISCHEN ÖGB

Der einst unhaltbar scheinende Aufstieg der Haider-FPÖ wurde auch durch die Schwäche der österreichischen Linken und der Passivität der Gewerkschaften ermöglicht. Die SLP kämpft für den Aufbau demokratischer und kämpferischer Gewerkschaften. Unter Blau-Schwarz gab es einen deutlichen Anstieg an Streiks gegen die Angriffe auf den Öffentlichen Dienst. Eine SPÖ in der Regierung darf kein Argument sein, diesen Widerstand einzustellen. Die SPÖ wird die Privatisierung des Postbusses und den Verlust von 1.000 Jobs nicht zurücknehmen. Die Interessensvertretung der

ArbeitnehmerInnen darf sich nicht an die neoliberalen SPÖ ketten. Die SLP versucht deshalb auch eine kämpferische Opposition im ÖGB aufzubauen.

NEUE ARBEITERINNENPARTEI IST NOTWENDIG!

57 Prozent der Österreichischen Innen sprachen sich bei einer Umfrage für eine neue Partei aus. Eine neue ArbeiterInnenpartei hätte schon heute gute Chancen dieses Vakuum zu füllen. Die SLP unterstützt jeden Ansatz für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei in Österreich und international. Es wäre ein Riesenschritt gewesen, wenn aus den Streiks der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft in Vorarlberg oder dem Postbusstreik, eine Liste kämpferischer BetriebsräteInnen für diese Nationalratswahlen entstanden wäre. Eine solche Alternative tritt aber leider nicht an. Die Kandidatur der SLP bei diesen Wahlen kann und wird diese Entwicklung in keiner Weise ersetzen. Für uns ist deshalb unser Stimmenergebnis nicht bedeutend. Wir wollen den Wahlkampf dazu nutzen, um unsere sozialistischen Ideen und Forderungen in das politische Geschehen einzubringen, und sie letztlich auch auf dem Stimmzettel sichtbar zu machen. Wir verschenken keine Kugelschreiber, sondern versuchen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche für diesen Kampf zu gewinnen.



BEISPIELE UNSERER PARLAMENTSARBEIT

Die SLP ist eine internationale Partei, mit Schwesternorganisationen in 35 Ländern. Wir verfügen in mehreren Ländern über GemeinderäteInnen, BezirksräteInnen und im Falle Joe Higgins in Irland über einen Parlamentarier. Erst kürzlich konnte unsere schwedische Schwesternpartei in Umea und Lulea zusammen 5 GemeinderäteInnen gewinnen, während die sogenannte "Links-Partei", die regional Kürzungen umsetzt, gewaltig verloren hat. Diesen (Wahl-)Erfolgen gingen Kampagnen voran, die mit Hunderten und Tausenden (und manchmal noch mehr) Beteiligten erfolgreich waren. Wir konnten in Irland so Thatcher's unsoziale 'Kopf-Steuer' (Haider hat mit seinen "Flat-Tax"-Plänen hier abgekupfert), Wassergebühren in Irland und Schulschlie-

bungen in Australien verhindern. Wir haben keine falschen Erwartungen darin, was man in Parlament und Gemeinderat erreichen kann. Jede eroberte Position muss zur Unterstützung sozialer und politischer Kämpfe der ArbeiterInnen und Jugend genutzt werden. Man muss dem Druck Richtung Einbindung in das bürgerliche Establishment bewusst entgegenstehen. Wir wollen nicht die Politiker der bürgerlichen Parteien "überzeugen" und "mit ihnen arbeiten". Unsere Sachzwänge sind die Interessen der ArbeiterInnenklasse, unser Ziel ist die dauerhafte Überwindung des Kapitalismus, der Wurzel von Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg. Wir vertrauen auf die Stärke der Bewegungen außerhalb der Parlamentshäuser. Die grundlegenden Entscheidungen fallen nicht dort, sondern in den Chefetagen der Wirtschaft und

hinter verschlossenen Türen. Genauso muss für die Interessen der Beschäftigten und Jugendlichen der Kampf auf der Straße, in Betrieb, Dienststelle und Schule geführt werden. Wahlkämpfe nutzen wir vor allem zur Mobilisierung - in den nächsten Wochen wird dies z.B. aufgrund der Kriegstreiberei von George Bush nötig sein.

STIMME FÜR DEN SOZIALISMUS!

Die weltweiten wirtschaftlichen Probleme werden den Druck auf jede bürgerliche Regierung erhöhen, Sozialkürzungen gegen ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Jugendliche durchzuführen. Wer grundsätzlich Sozialabbau und Staatsrassismus ablehnt, gerät in offenen Konflikt mit dem kapitalistischen System. Um konsequent eine Politik für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche umzusetzen, ist ein Bruch mit dem Kapitalismus

In dieser Ausgabe - Seite 6:

Das internationale Netzwerk der radikalen Abtreibungsgegner!

Infos über Aktionen und SLP-News laufend neu auf www.slp.at



Im Jahr 1999 hatte Wolfgang Schüssel das Versprechen abgegeben, im Falle des 3. Platzes für seine ÖVP in Opposition gehen zu wollen. Wenige Wochen später war der die Volkspartei nach dem schlechtesten Ergebnis in ihrer Geschichte Regierungspartei und Schüssel Regierungschef. Den GegnerInnen des wendigen Kanzler wurde immer gesagt, dass Blauschwarz doch demokratisch legitimiert sei. Tatsächlich hatte diese Regierung niemand

Schüssel muss bestraft werden!

von John Evers

gewählt; alleine schon deshalb, weil Schüssel diese Variante ausgeschlossen hatte. Ähnlich stellt sich nun das Herumtaktieren bei dieser Wahl dar: Keine Partei gibt eine klare Aussage darüber ab, was sie eigentlich nach dem 24. November vor hat. Rotschwarz, Rot-Grün, Blauschwarz, Schwarz-rot; es blinken fast alle Koalitionsvarianten, während wir im Dunkeln tappen. Die SLP ist anderes - und nicht nur deshalb weil wir dieses Mal wohl keinen Parlamentssitz erobern werden. Wir versprechen nach den Wahlen, dass zu tun was wir schon vorher getan haben: Widerstand gegen Sozialabbau und Rechtsruck zu leisten und eine sozialistische Alternative aufzubauen. Und wir sind auch glaubwürdig in unseren Wahlversprechen. Unsere SpitzenkandidatInnen Sonja Grusch und Claudia Sorger sind weder abgehobene Funktionäre, noch "Quotenfrauen", sondern seit Jahren in verschiedenen Kämpfen und Bewegungen aktiv. Sonja, SLP-Bundessprecherin, ist vielen Menschen bekannt aus dem "Widerstand" gegen Blauschwarz, unzähligen (Donnerstags-)Demonstrationen, aus Medienberichten und TV-Konfrontationen. Claudia Sorger wurde als FrauensprecherIn der SLP im Kampf um das Frauenrecht auf Abtreibung von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen. Sie wurde nun stellvertretend für diesen Kampf von radikalen Abtreibungsgegnern geklagt. Auch alle weiteren KandidatInnen der SLP verbindet eines: Sie kämpfen tagtäglich gegen den Kapitalismus und wollen eine sozialistische Gesellschaftsveränderung umsetzen. Statutarisch sind alle unsere Mitglieder verpflichtet nicht mehr als ein Durchschnittsgehalt zu verdienen, falls sie eine öffentliche Funktion bekleiden. Die SLP ist damit inhaltlich und personell eine echte Alternative zu den anderen Parteien. Und Schüssel nicht nur ein bürgerlicher Politiker, sondern auch ein Lügner, der bei diesen Wahlen hoffentlich bestraft wird ...

Wohin gehen die Freiheitlichen

Ist die FPÖ völlig blau?

Die erfolgsverwöhlte FPÖ stand seit dem Antreten der Regierung unter einem vielfältigen Druck: Die "kleinen Leute" wandten sich als WählerInnen ab, Partefunktionäre begannen um ihre Posten zu zittern, marktradikale Kräfte forderten ein höheres "Reformtempo" und rechtsextreme Hardliner in der Partei, suchten nach Chancen "ihre" Themen zu platzieren. Den Hintergrund der Krise der FPÖ bildeten die Wirtschaftsflaute und die Reaktion auf die spürbareren Belastungen durch Sozialabbau, Steuern, Selbstbehalt.

VON ALI KROPF,
SLP WIEN MITTE

An der Steuerreform hatte sich bereits vor Monaten der Richtungsstreit in der FPÖ entzündet, auch bei anderen Themen - wie vor allem der EU-Osterweiterung - zeichneten sich Konflikte ab. Seit dem Regierungseintritt hat sich die FPÖ laut den Meinungsumfragen fast halbiert. Der rechtsextreme Populismus hatte zwar in der Vergangenheit für die Wahlerfolge gesorgt. Die FPÖ war aber nicht in der Lage auf diesen Erfolgen ein stabiles, in der Gesellschaft verankertes Fundament zu errichten. Der Vorteil der Wendigkeit in Opposition, entwickelte sich zum Schlingerkurs als Regierungspartei: Die FPÖ wurde zunehmend unglaublich, Haiders Profilierungsversuche immer wahnwitziger. Während die Regierungsmannschaft durchaus bereit war den bisherigen Weg weiterzugehen und sich - zumindest vorläufig - der ÖVP in Sachfragen unterzuordnen. Die ÖVP hatte ja schließlich auch

große Toleranz gegenüber den verschiedenen rechtsextremen Ausfällen freiheitlicher Funktionäre - von Haider abwärts - in den letzten beiden Jahren bewiesen. Umgekehrt markierte Knittelfeld aber den Wunsch der Mehrheit der Partefunktionäre, unter Haiders Führung wieder die populistische Variante des Rechtsextremismus in den Vordergrund zu stellen. Doch statt der Rückkehr zu alten Erfolgen, kam es durch den Rücktritt von Riess-Passer und Co. praktisch zu einer Parteispaltung. Die Reaktion der ÖVP, angesichts der Krise in der FPÖ Neuwahlen auszuschreiben, führte die Freiheitlichen vollständig ins Desaster. Von nun an dominierte die Gegenbewegung in der FPÖ, welche anstrebt, unter allen Umständen für die ÖVP auch nach Neuwahlen koalitionsfähig zu bleiben. Die Putschisten wurden zum Rücktritt aufgefordert, Haider öffentlich kritisiert, worauf er - was sonst? - zurück trat.

FPÖ NEU?

Das "Experten-Team" aus Mathias Reichhold, Herbert Haupt, Magda Bleckmann, Max Walch und Thomas Prinzhorn ist nicht nur ein "letztes Aufgebot". Diese farblosen Gestalten beweisen, dass es am Parteitag in Oberwart weder eine Richtungsentscheidung, noch einen echten Kompromiss gegeben hat. Die "starken Persönlichkeiten" der beiden Lager in der FPÖ werken weiter - momentan noch im Verborgenen. Wer sich durchsetzen wird, hängt - neben dem Abschneiden bei der Wahl - vor allem von der inneren Entwicklung in der ÖVP ab. Dass Kanzler Schüssel alles tut, um sein Projekt mit der FPÖ fortzusetzen ist bekannt. Viel entscheidender wird aber sein, auf welches Pferd die Wirtschaft setzt. Auch Blauschwarz war eine bewusste Entscheidung der Wirtschaftskammer und vor allem der Industriellenvereinigung. Damals unter der Prämisse von "Speed kills", also schnelle Umgestaltung ohne lange (sozialpartnerschaftliche) Verhandlungen zu Gunsten der Wirtschaft. Heute gestaltet sich die Ausgangslage für die Wirtschaft anders. Das größte und wichtigste Projekt der österreichischen Wirtschaft ist die EU-Osterweiterung. Gerade aber hier muss trotz neuer FPÖ-Führung immer befürchtet werden, dass zumindest Teile der FPÖ ausschieren - siehe Votodebatte anhand

Temelins! Die zweite Frage ist und bleibt natürlich, was die Unterschrift eines FPÖ Vorsitzenden, der nicht Haider heißt, tatsächlich Wert ist? Nichts, solange Jörg Haider auch nur ein einfaches Parteimitglied ist! Und zu guter Letzt kommt in Krisenzeiten der Stabilität, sowohl nach innen, wie nach außen eine größere Wichtigkeit zu. Alles in allem sind die Vorauszeichen für eine weitere Regierungsbeteiligung der FPÖ - das am Parteitag erklärte Hauptziel - also denkbar schlecht und damit Reichhols Amtszeit wahrscheinlich kurz. Je nach Ausmaß der Wahlniederlage wird der Ruf nach Jörg Haider in unterschiedlichen Tonlagen erschallen und die Partei vor einer weiteren Zerreißprobe stehen. Die zu erwartende neoliberalen Politik einer kommenden, großen, oder SPÖ-Grüne-Koalition könnte dann aber sogar für die erfolgreiche Neuauflage des rechtsextremen Populismus sorgen.



Eine Bilanz des Schreckens

Die Wende ist am Ende, aber viele Maßnahmen und ihre Folgewirkungen bleiben. Wir haben diese Bilanz des Schreckens für unsere LeserInnen aufgelistet. Die SLP fordert die Rücknahme aller Kürzungen! Wir wollen unser Geld zurück!

JAKOB UNTERWURZACHER,
SLP WIEN-NORD

- Die Aktiengewinnsteuer wurde abgeschafft, um dem Kapital mehr Einnahmen zu sichern. Für die Masse der arbeitenden Bevölkerung werden Rezeptgebühren verteilt und Ambulanzegebühren eingeführt. Der Spitalselfbehalt wurde erhöht und das Krankengeld von bisher 78 auf maximal 52 Wochen gekürzt. Von der Besteuerung und Kürzung von Unfallrenten, wie Invaliditätspensionen sind über 100.000 Menschen betroffen.
- Die Regierungsparteien schmückten sich damit, die

"Gleichstellung" von Arbeitern und Angestellten durchgeführt zu haben. Das ist unwahr. Arbeitern haben weiterhin kürzere Kündigungsfristen und sie stehen im Krankheitsfalle schlechter da.

- Im Rahmen des Projekts "Nulldefizit" wurden Arbeitslosengeld, Arbeitsmarktförderung und Erwachsenenfortbildung gekürzt, dem AMS Mittel entzogen. Staatsbetriebe wurden privatisiert. Allein bei den Postbussen wackeln 1.000 Jobs durch die Privatisierung.
- Eine der großen "Errungenschaften" der blau-schwarzen Regierung, das Kindergeld, entpuppte sich als weitere

Kürzungsmaßnahme und als Versuch, die Frau wieder in ihre "gottgegebene Rolle" zu drängen. Denn für die Hälfte der jetzigen KarenzgeldbezieherInnen bedeutet das Kinderbetreuungsgeld eine finanzielle Verschlechterung, weil die Familienzuschläge wegfallen. Partnerschaftliche Teilung und flexible Gestaltung der Karenz werden erschwert. Ähnliche Bestrebungen zur Diskriminierung der Frau konnte man in der Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung erkennen, die 100.000 Menschen trifft, fast ausschließlich Frauen.

- Weiters im Fadenkreuz der Regierung: Die Bildung. Die Gehälter der LehrerInnen wurden gekürzt; die Posten ausgeschiedener LehrerInnen nicht nachbesetzt. Das heißt: Weniger LehrerInnen bei

gleich vielen SchülerInnen. Die Klassen werden größer, SchülerInnenzahlen bis 30 und mehr sind in der Unterstufe einer AHS keine Seltenheit. Nach Meinung der Regierung sollte das zur Norm werden. Die Studiengebühren wurden eingeführt, EUR 363,- (5.000,- ATS) per Semester. Hochwertige Bildung soll einer zahlungskräftigen Elite vorbehalten werden.

- Unter "Senkung der Lohnnebenkosten" versteht man den Kahlschlag bei Errungenschaften der Arbeitnehmerbewegung: zum Beispiel durch die geplante Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung um 10% oder die durchgeführte Urlaubs-Aliquotierung. Diese kostet die ArbeitnehmerInnen-Klasse EUR 310 Mio., die sich die Wirtschaft bei Kündigungen nun erspart.

Was waren die Folgen dieser neoliberalen Politik? Österreich ist 2002 erstmals Letzter in der EU beim Einkommenszuwachs, und zwar mit real nur 0,7 Prozent. Gleichzeitig wurden - erstmals nach 1945 - die Gewerkschaften durch eine Regierungspartei (die FPÖ) öffentlich in Frage gestellt und die ArbeitnehmerInnen heftig angegriffen. Nicht zu vergessen sind auch Zwangssprachkurse für Ausländer und verstärkte Überwachungsmöglichkeiten für die Polizei (...). Fortsetzung folgt

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11. Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23. Herstellungs- und Verlagsort: Wien. DVR: 0820202

GPA: Wohin geht die Reise?

Im Mittelpunkt des kommenden Gewerkschaftstags der GPA im November, steht die spätere Fusion mit der Gewerkschaft Metall-Textil, der Druck und Papier, der Gewerkschaft der Chemiearbeiter, und der Gewerkschaft "Agrar-Nahrung-Genuss". Das GPA-Bundesforum (wie der Gewerkschaftstag seit der letzten Organisationsreform heißt), findet aber auch vor dem Hintergrund einer veränderten Situation in Österreich statt.

VON MICHAEL GEHMACHER, SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Es gab die blauschwarze Regierung, den Widerstand dagegen, und es gab soziale Kämpfe, nicht nur in Form von großen Demonstrationen (wie etwa dem 5. Juli 2001) oder Betriebsrätenkonferenzen, erstmal seit längerem auch als Streiks. Die Gewerkschaft steht am Scheideweg: Will die GPA den Weg der offensiven Verteidigung von sozialen Rechten und Errungenschaften gehen oder versucht sie eine Sanierungspartnerschaft mit den Unternehmern zu bilden. Auch zu den großen Gewerkschaftsfusionen stellen sich zwei wesentliche Fragen: 1) Ist die Fusion aus Sicht der ArbeitnehmerInnen logisch und nachvollziehbar? 2) Entsteht durch die Fusion neue politische Stärke?

FÄLSCHEN FUSIONEN - KEINE ILLUSIONEN

Diese Fusion dient in erster Linie der Absicherung der Funktionen von höheren Gewerkschaftsbürokraten. Ansonsten ist sie sinnlos: Dies wird an vielen

Beispielen deutlich: Wieso kommt eine Handelsangestellte in die gleiche Gewerkschaft wie ein Metallarbeiter, wenn ihr Kollege als Arbeiter im Lager, als HTV-Mitglied in den andern Gewerkschaftsblock kommt? Wieso kommt eine Krankenschwester die für ein Gemeindespital arbeitet in dieselbe Gewerkschaft wie ein Eisenbahner, ihre Kollegin die für ein privates Spital arbeitet jedoch in dieselbe Gewerkschaft wie eine Textilarbeiterin. Das Prinzip einer Firma eine Gewerkschaft wird nur in einigen Industriebereichen umgesetzt. Dieses Hauptargument für die Fusion ist daher bei genauerer Betrachtung falsch.

KEIN KÄMPFERISCHER KURS BEI DER GPA-SPITZE

Als Hans Sallmutter die GPA Mitte der 90er übernahm, war er der Hoffnungsträger für viele kämpferische GewerkschafterInnen. Regelmäßig punktete er in den Medien mit seinen pointierten Aussagen. Etwa mit jener Meldung wonach eine "Gewerkschaft kein Bienenzüchterverein" sei. Diese radikaleren Sprüche

standen schon damals im krassen Widerspruch zu den schlechten Gehaltsabschlüssen (vor allem im Handel) oder dem Akzeptieren der SPÖ-ÖVP-Sparpakete. Die Thesen für die "neue politische Positionierung der GPA" setzen hier keinen Gegentrend. Bezeichnenderweise ist dieser Vorschlag für ein neues Programm der GPA in Neben- aspekten sehr genau, und bei den Kernkompetenzen der Gewerkschaft sehr allgemein. So will das GPA-Präsidium, etwa faires umwelt- und sozialverträgliches Essen - insbesondere in Österreichs Werkküchen. (Was das ist, wird auch genauer definiert.) Gleichzeitig wird beim gewerkschaftlichen Kernthema Arbeitszeitverkürzung um den heißen Brei herum geschrieben. So werden die Entwicklungen seit der Novelle des Arbeitszeitgesetz von 1997 (12 Stundentag mit Betriebsvereinbarung, geringere Überstundenvergütung usw.) aufgelistet, aber nicht gesagt ob das gut oder schlecht ist. Der Entwurf spricht sich auch nicht gegen Arbeitszeitflexibilisierung aus!

Zum Thema Arbeitszeitverkürzung findet sich der lapidare Satz: "In Zukunft kommt der Gewerkschaft die Aufgabe zu, verstärkt dem Bestreben nach einer Verkürzung der Arbeitszeiten gegenüber den Flexibilisierungstendenzen zum Durchbruch zu verhelfen."

Pressekonferenzen werden wohl nicht reichen, um den neoliberalen Attacken etwas entgegenzusetzen.



Warum so schwammig, wenn es beim Essen so genau geht? 1998 hat die GPA noch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden ab 1.5.99 gefordert. Heute wäre die 30 Stundenwoche längst angebracht! Diese Unverbindlichkeit zieht sich weiter durch das Papier: Man ist zwar gegen das GATS-Abkommen, bleibt aber eine klare Aussage zu Privatisierung und Vergesellschaftung schuldig.

PERSPEKTIVEN FÜR DIE SOZIALPARTNERSCHAFT

Im GPA - Papier wird auch die Notwendigkeit von Kampfmaßnahmen betont. Es wird auch gesagt, dass die Urabstimmung unglaublich wird, wenn keine weiteren Taten folgen. Klar ist aber nicht: Will die GPA und der ÖGB kämpferischer werden um wieder an die Verhandlungstische hinter verschlossenen Türen teilnehmen zu können? Oder hat die GPA erkannt das es kein Zurück zur Sozialpartnerschaft alter Prägung gibt? In den vergangen

zwei Jahren haben ÖGB und GPA-Führung vor allem die offensive Zerschlagung dieser Institution durch die Wenderegierung beklagt. Derzeit geht die Reise von ÖGB und GPA in Richtung Hoffnung auf eine neue Sozialpartnerschaft unter einer SPÖ geführten Regierung. Tatsächlich würde eine solche Orientierung, das Stillhalten der Gewerkschaft gegenüber einer Regierung der neoliberalen Reformen bedeuten. Nicht zu unrecht ist Hans Sallmutter auf die Journalistenfrage, was positiv an Gusenbauers Konzepten wäre, nichts eingefallen. Doch was bedeutet das für die Gewerkschaftspolitik? Der Weg in die politische Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften, würde ohne kämpferische Neuorientierung jenseits der Sozialpartnerschaft, weiter bestritten werden.

DER AUFBAU EINER KLASSEN-KÄMPFERISCHEN OPPOSITION IST NOTWENDIGER DEN JE!

Als ersten Schritt haben wir als

Teil des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) einen Antrag mit einer kämpferischen Stoßrichtung eingebracht. Es geht um einen bundesweiten Streik aller Branchen zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes und zur Rücknahme aller Kürzungen der letzten Regierungen. Es geht darum einer neuen Regierung klar zu machen für was die Gewerkschaft steht. Außerdem fordern wir eine FacharbeiterInnenlohn für Berufsfunktionäre. Das Kräfteverhältnis hat sich letzten Jahren deutlich zu Gunsten des Kapitals verschoben, es ist Zeit den Spieß umzudrehen. Der GLB hat unseren Antrag eingebracht, wir haben jedoch keine Illusionen über den Umgang damit: Schon bei der ersten Sitzung der Antragsprüfungskommission wird er wohl zur Ablehnung empfohlen. Wir werden uns trotzdem klar am Bundesforum der GPA im November positionieren, alle kämpferischen KollegInnen die daran mitarbeiten wollen, sind

Verteidigung des öffentlichen Dienstes ist nötig!

Von den Beschäftigten der ÖBB bis zu den LehrerInnen - alle sehen sich mit massiven Angriffen in nächster Zeit konfrontiert. Trotz angekündigten Neuwahlen steht dem öffentlichen Dienst ein 'heißer Herbst' bevor. Eine kurze Bestandsaufnahme.

VON FLORENTIN DÖLLER, SLP-MARGARETEN II

Seit den ersten Sparpaketen zur Erreichung der Maastricht-Kriterien steht der öffentliche Dienst unter Dauerbeschuss. Für 2002 war in Folge des Abkommens vom 4. Oktober 2000 zwischen GÖD und Bundesregierung eine nachträgliche Abgeltung der Inflationsrate vorgesehen. Das ist aus jetziger Sicht eine Nachbesserung von 0,9%. Noch-Vizekanzlerin Ries Passer war dies jedoch zu hoch, sie bot lediglich einen geringen Fixbetrag an. Die GÖD hat im Vorfeld zu den Gehaltsverhandlungen Streiks angekündigt falls es nicht zur Umsetzung des Abkommens kommt. Umso wichtiger ist es jetzt Druck auf Neugebauer & Co. auszuüben, damit wenigstens einmal Gehaltsforderungen erfüllt werden. Gleichzeitig ist klarzustellen, dass die von der GÖD geforderten 0,9% eine Hämme für jeden öffentlich Bediensteten darstellen, da diese die letzten acht Jahre einen Gehaltsabschluss unter der Inflationsrate hatten - 1996 und 1997 sogar Nulllohn-

runden -, was Lohnverlust bedeutet.

UNABHÄNGIGE BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Die UBG hat leider den 15. Oktober angesetzten, unbefristeten Streik im LehrerInnenbereich wegen den Neuwahlen abgeblasen. Dieser war in mehreren Bundesländern anstrebt worden, um einen umfassenden Forderungskatalog umzusetzen zu können. Der Katalog beinhaltete eine deutliche Anhebung der Gehälter (10% für 2003), um die Verluste der vergangenen Jahre auszugleichen, sowie die Rücknahme dienstrechtlicher Verschlechterungen. Wir sind überzeugt, dass gegen jede künftige Regierung ein Streik notwendig wäre, um diese Forderungen umzusetzen. Gerade im Wahlkampf hätte die UBG hier durch Kampfmaßnahmen, enormen politischen Druck erzeugen können. Diese Chance wurde leider vertan.

TEILPRIVATISIERUNG DES POSTBUSES STEHT BEVOR

Die Aufsichtsräte des Postbusses und der ÖBB haben am 4.9. den

Verkauf der 'gelben Busflotte' gegen die Stimmen der Personalvertretung an die ÖBB gebilligt. Nun steht - gemäß einem Beschluss des Ministerrats - die Teilprivatisierung eines Drittels der Busse bevor. Dagegen wehrt sich die Belegschaft. Drei Tage wurde heuer bereits dagegen gestreikt. Einen Verkauf von Teilen des Postbusses würde die Zerschlagung des Unternehmens und damit den Verlust von rund 1000 Arbeitsplätzen, sowie die Einstellung von unrentablen Linien bedeuten. Der oberste Postbus-Betriebsrat Robert Wurm hat für den Fall der Umsetzung der Teilprivatisierung weitere Streiks im Herbst angekündigt.

ÖBB-HOLDING?

Noch-Infrastrukturminister Reichhold kündigte vor kurzem die Teilung der ÖBB in die Bereiche Absatz- und Infrastruktur an. Dies sollte unter dem Dach einer Holding geschehen. Der "Holding-Plan" bedeutet einen weiteren Schritt in Richtung Privatisierung der ÖBB, da in Zukunft Unternehmensbereiche getrennt verkauft werden könnten. Welche negativen Auswirkungen diese Aufsplittung der Bahn in verschiedene private Gesellschaften haben kann, konnten und können wir in Großbritannien beobachten. Dort



sind die Preise massiv in die Höhe geschnellt, die Sicherheit nicht mehr ordentlich gewährleistet und die Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Beschäftigten haben sich extrem verschlechtert. Deswegen ist es wichtig, dass die Belegschaft der ÖBB mit allen Mitteln gegen die Gründung der Holding kämpft. Streikankündigungen der Eisenbahnergewerkschaft gibt es ja bereits.

EINTÄGIGER GENERALSTREIK ZUR VERTEIDIGUNG DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Die im Artikel aufgezählten Angriffe auf die verschiedenen Bereiche des öffentlichen Dienstes sind nicht nur auf eine kurzfristige "Auffettung" des Budgets zurückzuführen, sondern hängen auch unmittelbar mit dem berüchtigten GATS-Abkommen der WTO zusammen. Darin verpflichten sich die 144 Unterzeichnerstaaten, ihre gesamten öffentlichen Dienstleistungen (Bahn, Gesundheit, Wasser, Bildung,...)

Herr Neugebauer, wie halten Sie es mit der Verteidigung des öffentlichen Dienstes?

international anzubieten. Bis zum 31. März 2003 muss jeder einen Katalog über die zu privatisierenden Bereiche erstellen. Für uns steht fest: Ein eintägiger Generalstreik zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes ist nötig! Nur so können der öffentliche Verkehr und die Nah-



Nationalratswahl 2002 Sind rosa oder grün wählbare Alternativen?

Der Zusammenbruch der FPÖ/ÖVP-Koalition wurde laut allen Meinungsumfragen von kaum jemanden in Österreich bedauert. Das "Ende der Wende" kam aber durch die tiefe Krise der FPÖ zustande - und nicht durch den "Widerstand" der Opposition. Für viele ArbeitnehmerInnen und Jugendliche stellt sich trotzdem die Frage, ob SPÖ oder Grüne nicht doch zu wählen sind; als "kleineres Übel" um vor allem eine Neuauflage von blau-schwarz zu verhindern. Im diesem Artikel wollen wir darlegen, warum aus unserer Sicht jede Stimme für SPÖ und Grüne eine verlorene Stimme ist und wie eine wirkliche Alternative zu Sozialabbau und Rechtsruck aussehen könnte.

VON SONJA GRUSCH, SLP-WIEN NORD

Die Serie der Wahlniederlagen der SPÖ war das direkte Ergebnis ihrer Politik. Privatisierung, Sparpakete und ausländerfeindliche Gesetze haben den Boden und jene gesellschaftliche Stimmung geschaffen, auf denen die FPÖ erfolgreich agieren konnte.

SPÖ-SOZIALABBAU UND RASSISMUS: GRUNDLAGE DER FPÖ-ERFOLGE

In den 80er Jahren stand die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie im Zentrum der sozialdemokratischen Regierungsarbeit. Noch heute gibt es Regionen in Österreich, in der fast eine ganze Generation ihren Job verloren hat. In den 90er Jahren standen der EU-Beitritt und die ImmigrantInnenpolitik im Vordergrund. Die SPÖ profilierte sich als "DIE" EU-Partei: Sie verschrieb sich damit völlig dem neoliberalen EU-Projekt, den Konvergenzkriterien und dem Stabilitätspakt. Beides bedeutete massiven Sozialabbau unter dem Vorwand die staatlichen Defizite abzubauen. In diese Zeit fallen Kürzungen im Bildungswesen, Verschlechterungen bei den PensionistInnen und Steuersenkungen für Unternehmen (die Vermögenssteuer wurde abgeschafft, dass für Reiche günstige Stiftungsrecht eingeführt). In den Sparpaketen 1-3 wurden die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen zugunsten der Profite der Wirtschaft geopfert. SPÖ-Kanzler Klima meinte damals, dass wir uns "ans Abschaffen gewöhnen müssen". Die Arbeitslosigkeit stieg, ebenso die Armut, insbesondere unter Frauen und AlleinerzieherInnen. Als Sündenbock für diese

Probleme präsentierte die FPÖ, die seit der Machtübernahme von Jörg Haider 1986 auf Rechtspopulismus setzte, die "Ausländer". Dass diese rassistische Strategie fruchte hatte allerdings zwei Ursachen. Es waren zwar der Abbau des Sozialstaates, das Ansteigen der Armut in einem so reichen Land wie Österreich, die Angst um den Arbeitsplatz, der die Grundlage für Haiders Populismus schuf. Durch ihre eigene "Ausländer"-Politik trug die SPÖ aber auch die Verantwortung für die rassistische Stimmung und Kampagnen, welche die FPÖ - erfolgreich - in Österreich aufbauen konnte. Mehr noch: Sozialdemokratische Innenminister wurden zu direkten Erfüllungsgehilfen der freiheitlichen Forderungen.

1992 wurde durch die "Drittlandregelung" und der Notwendigkeit für Asylsuchende, sich mittels gültiger Papiere an der Grenze auszuweisen, das Recht auf Asyl de facto abgeschafft. 1993 wurde, nach Ausländerbeschäftigte- und Meldegesetz, mittels Aufenthaltsgesetz die Forderungen des rassistischen FPÖ-Volksbegehrens umgesetzt. ImmigrantInnen wurden endgültig zu Menschen zweiter Klasse, die hier bleiben dürfen, solange sie effizient und billig arbeiten können, aber gleichzeitig keine Rechte haben. Hat die SPÖ seither dazugelernt? Nein, denn in Wien, wo sie seit 2001 wieder über die absolute Mehrheit verfügt, gibt es immer noch kein Wahlrecht für ImmigrantInnen und die Gemeindebauten wurden noch immer nicht für alle, die mit ihren Steuern dafür zahlen - und dass ist unabhängig von der StaatsbürgerInnenschaft - geöffnet.

GELÄUTERT DURCH DIE OPPOSITION?

Der Ruf, in die Opposition zu gehen, wurde Ende der 90er Jahre immer lauter. Die Hoffnung war, dass sich die SPÖ, wäre sie nicht mehr an der Macht, erneuern würde. Alfred Gusenbauer versuchte sich als Erbe Kreiskys darzustellen und so Erinnerungen an die - verhältnismäßig bessere - "gute alte Kreisky-Zeit" der 70er Jahre wachzurütteln. Tatsächlich wirkt heute, in einer Zeit von neoliberaler Wirtschaftspolitik, Kreiskys Kurs - der "Austro-Keynesianismus" - links. Unter Kreisky wurden einige sehr wichtige Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnenklasse erreicht - Arbeitszeitverkürzungen, Abschaffung der Studiengebühren, Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Gleichzeitig

sank aber bereits in dieser Zeit der Anteil der Einkommen der ArbeiterInnenklasse am Gesamteinkommen. Kreisky konnte seine Politik in den 70er Jahren unter völlig anderen Rahmenbedingungen umsetzen. Die internationale Wirtschaft befindet sich heute bereits über zwei Jahrzehnte in einer Stagnationsphase. Kreisky konnte seinen Kurs noch auf dem Polster des "Wirtschaftswunders" der 50er und 60er und einer Sonderrolle des Österreichs zwischen den Blöcken abstützen. Heute existiert eine globale, kapitalistische Weltordnung die keinen "österreichischen Weg" mehr zulässt. Unter dem Zeichen der Krise wächst der Druck des Kapitals Mensch und Natur auszubeuten um "wettbewerbsfähig" zu bleiben - also Profite zu realisieren. Was damals auch ohne großen Widerstand der Unternehmer durchsetzbar war, müsste heute durch offensive Kämpfe erstritten werden. Dafür steht die SPÖ aber nicht zur Verfügung. Sie hat sich an den geänderten Rahmen angepasst und sich dem Pragmatismus verschrieben. Vranitzkys berühmter Sager "Wer Visionen hat braucht einen Arzt" brachte die geänderte Rolle der Sozialdemokratie auf den Punkt.

Um Politik nicht für die Profitinteressen, sondern für Jugendliche, ArbeiterInnen und ImmigrantInnen zu machen, hätte sich die SPÖ in den letzten drei Jahren wesentlich verändert müssen. Sie hätte zu einer Partei werden müssen, die Proteste gegen blau-schwarz initiiert, anführt und bündelt. Zu einer Kraft, die eine echte Alternative anbietet und gemeinsam mit den Gewerkschaften Klassenkämpfe führt, um die blau-schwarze Regierung zu stürzen. Davon war allerdings in den letzten Jahren nichts zu sehen. Die SPÖ hat sich von der Widerstandsbewegung distanziert und ihren eigenen "Widerstand" darauf beschränkt, vor den Verfassungsgerichtshof zu gehen. Keinen einzigen Schritt hat die SPÖ in dieser Zeit in Richtung ArbeiterInnenklasse und deren Interessen getan, sondern sie hat im Gegenteil versucht, sich als bessere Wirtschaftspartei zu profilieren. Bewegung innerhalb der Gewerkschaft gab bestenfalls Anlass zu Arroganz: den Streik der LehrerInnen in Vorarlberg bezeichnete die SPÖ als "entbehrlisch". Während die SPÖ in der Vergangenheit eine ArbeiterInnenpartei war, die unter dem Druck der Klasse stand und in der sich gesellschaftliche Veränderungen widerspiegeln, ist sie in den 90er

Jahren verbürgerlicht. Die SPÖ hat sich in diesem Prozeß stark verändert. Sie hat Mitglieder und AktivistInnen verloren und ihre politische Positionierung ist weit nach rechts gegangen. Ihrer Politik und ihrem Programm nach ist sie eine eindeutig bürgerliche Partei. Immer mehr ArbeiterInnen sehen sie nur als eine von mehreren (kapitalistischen) Parteien - vor allem Jugendliche, die die "gute alte Zeit" nicht miterlebt haben. Die SPÖ bekennt sich heute auch ganz offen: sie ist nicht mehr die Vertretung der ArbeiterInnenklasse. Die beiden Wahlversprechen "Abschaffung der Ambulanzegebühr" und "Abschaffung der Studiengebühr" bedeuten keine Trendwende, oder gar Abkehr vom neoliberalen Kurs. Die Einführung dieser Maßnahmen waren größtenteils ideologisch geprägt und kosteten mehr, als sie einnahmen: ihre Rücknahme wird der Wirtschaft genauso wenig wehtun, wie sie ihr etwas gebracht haben. Lorenz Fritz, der Vertreter der Industriellenvereinigung und ein Mentor der blau-schwarzen Regierung hat jetzt das Wirtschaftskonzept der SPÖ als zukunftsfähig gelobt. Für die Sozialdemokratie steht als wichtigstes Ziel die Osterweiterung (ein zentrales Ziel des europäischen Kapitals) und die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im Mittelpunkt. Umgekehrt sieht selbst die große Mehrheit jener ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, die überlegt, sie als "kleineres Übel" zu wählen, diese Partei nicht als jene an, die ihre Interessen vertreibt. Mitglieder der SLP haben bis Anfang der 90er Jahre als marxistische Opposition in der SPÖ gegen diese Entwicklung gekämpft und wurden dafür aus der Jugendorganisation der Partei ausgeschlossen. Wir haben aus der Verbürgerlichung der SPÖ die Schlussfolgerung gezogen, dass es notwendig ist, für eine neue sozialistische ArbeiterInnenpartei zu kämpfen.

SIND DIE GRÜNEN EINE LINKE ALTERNATIVE?

Die Grünen waren zwar zu keinem Zeitpunkt eine sozialistische Kraft für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche. Sie traten aber in den 80er Jahren mit dem Image an, links von der SPÖ zu stehen, als ökologische, soziale und demokratische Partei. Seither haben die Grünen einen "Imagewandel" vorgenommen: Von einer Alternative zum Parteiensystem zur "Alternative im Parteiensystem. Dieser Prozess prägt unser Politikverständnis". Das schrieb der

Bundessprecher der Grünen, Alexander Van der Bellen im Vorwort zur Parteiprogramm 2001. Von Anfang an waren die Grünen eine inhomogene Mischung aus GrünaktivistInnen, enttäuschten ÖVPlerInnen, linken GewerkschafterInnen, AktivistInnen der Frauenbewegung, Resten der "68er" ... Was sie verband war der Wunsch nach etwas "anderem", etwas "neuem". Wie dieses aussehen sollte, da gingen die Ideen weit auseinander. Grundwerte wie - ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokatisch, gewaltfrei und feministisch - wurden vor einigen Jahren noch mit sehr unterschiedlichen Inhalten gefüllt. Heute taugen Forderungen wie "die politische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums" bestenfalls noch als Bekenntnisse zu Feiertagen. Die Illusion, dass grüne Mehrheiten im Parlament eine gerechtere Politik umsetzen könnten, soll mit solchen Formulierungen noch aufrecht erhalten werden. Tatsächlich zieht sich heute durch die gesamte politische Praxis der Grünen die Akzeptanz der kapitalistischen Sachzwänge. Selbst im Programm heißt es: "Die Grünen erkennen an, dass der Markt das effizienteste bisher bekannte Steuerungsinstrument für wirtschaftliche Aktivitäten ist". Die Stunde der Wahrheit schlägt für die Grünen - auch für die Linken innerhalb dieser Partei - spätestens bei der Frage der Regierungsbeteiligung. Erfahrungen mit solchen - sozialdemokratisch geführten - "Erneuerungsprojekten", gibt es in den letzten Jahren in Europa bereits einige. Die Bilanz dieser Regierungen ist alles andere als erfreulich für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche.

PRIVATISIERUNG UND UMWELTPOLITIK

In Frankreich hatte die Regierung unter Jospin in den fünf Jahren ihres Bestehens mehr Privatisierungen durchgeführt, als die zwei vorausgegangenen bürgerlichen Regierungen unter Balladur und Juppé. Verkauft wurden u.a. Herzstücke wie die Air France und die Air Inter; auch die Eisenbahngesellschaft wurde zerschlagen und regionale Buslinien teilprivatisiert. Letztere Maßnahmen geschahen übrigens unter einem "kommunistischen" Transportminister.

Der Politik eine ökologische Orientierung zu geben, das ist das Ziel der Grünen. Die Praxis sieht allerdings anders aus. Die deutschen Grünen haben als Regierungspartei 2001 ein Konsens-Papier mit der deutschen Atomindustrie ausgearbeitet. Von einem echten Ausstieg aus der Atomenergie kann nicht die Rede sein, im Gegenteil dürfen weitere 7000 Tonnen von hoch radioaktivem Atommüll produziert werden. Eine Lösung scheiterte an den "Sachzwängen". Als Gegenleistung für den Ausstieg müssen die Sicherheitsstandards nicht mehr auf den neuesten technischen Stand gebracht werden - in Hinblick auf den viel späteren Zeitpunkt des Szenarios nicht ungefährlich. Der Atommüll wird weiterhin durch Deutschland transportiert, aber auch in unsicheren Zwischenlagern gelagert.

ARBEITSLOSE UND ÖFFENTLICHER DIENST

Verallgemeinert kann gesagt werden, dass auch diese Regierungen keinen Kampf gegen Arbeitslosigkeit, sondern gegen Arbeitslose führen. Die jüngsten Angriffe sind diesbezüglich die Konzepte der deutschen Hartz-Kommission. Zu den Plänen die der VW-Manager Hartz im Auftrag der rosa-grünen Regierung in Deutschland erarbeitet hat, schreibt die deutsche Schwesterpartei der SLP: "Die Gelder für Arbeitslose sollen beschnitten, die Berechnungsgrundlagen zum Nachteil der Arbeitslosen geändert werden. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind Kürzungen und der Fall in die Armut vorprogrammiert. Die Billigjobs sollen deutlich ausgeweitet werden. Weil die Wenigsten freiwillig für 325 Euro zur Arbeit gehen, werden die Daumenschrauben noch härter angezogen. Man soll schneller als bisher einen 'zumutbaren' Job annehmen. Also muss eine MeisterIn eine Facharbeiterstelle und eine FacharbeiterIn eine Hilfsarbeiterstelle annehmen, weil er/sie das Geld ansonsten gekürzt bekommt. Singles, die etwa in Leipzig keine Stelle in Aussicht haben, sollen dazu gezwungen werden können, nach Flensburg zu ziehen. Durch die Gründung von "Personal-Service-Agenturen" - dem Herzstück des Hartz-Stücks - soll ein Teil der Arbeitslosen in eine vom Arbeitsamt verwaltete Zeitarbeitsfirma ausgegliedert werden.

Damit würde Leiharbeit massiv ausgeweitet und die Löhne der ArbeiterInnen unter Druck gesetzt: Billig vom Arbeitsamt verliehene KollegInnen, die jederzeit heuer- und feuerverbar sind, werden als Lohndrücker und Rammböcke gegen gewerkschaftliche Errungenschaften eingesetzt - finanziert über das Arbeitsamt." In Österreich wurde diese Maßnahmen teilweise bereits unter der SPÖ umgesetzt: Mit der Arbeitsvermittlung durch dem AMS vorgelagerte Institutionen und dem "Home Service" für WiedereinsteigerInnen, die in fremden Haushalten putzen, waschen und bügeln müssen. Nach dem Wahlsieg von New Labour in Britannien setzte diese die Kürzungen im Öffentlichen Dienst fort. 2000 waren die Ausgaben auf den Tiefstand von 1963 gesunken, insbesondere im Gesundheitswesen ist die Situation katastrophal. Vor der Wahl 2001 wurde zwar ein bisschen zusätzliches Geld in die Bereiche Bildung, Gesundheit, Transport, Wohnen und Sicherheit gesteckt, aber nur um dann nach der Wahl flott weiter zu kürzen. Auch in den Niederlanden wurden unter dem Sozialdemokraten Wim Kok die Wartelisten in den Spitälern länger und der Mangel an LehrerInnen größer.

LÖHNE UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Deregulierung und Flexibilisierung sind Ziele der verschiedenen "linken" Regierungen. Jospin versteckte in seinem Gesetz für die 35-Stunden-Woche derartig viele Zugeständnisse an die Unternehmen,

dafür, dass in Asyl- und Einwanderungsverfahren nun Fingerabdrücke genommen werden, dass ImmigrantInnen ständig mit Ausweiskontrollen konfrontiert sind und noch rascher und brutaler abgeschoben werden.

In einer Zeitungsanzeige der deutschen rosa-grünen Regierung zum neuen Zuwanderungsgesetz hieß es: "Das Gesetz wird die Zahl der Zuwanderer deutlich verringern". Wie vor 100 Jahren kann heute ArbeiterInnen vorgeschrieben werden, was und wo sie arbeiten dürfen: "Die Zustimmung kann die Dauer und die berufliche Tätigkeit festlegen, sowie die Beschäftigung auf bestimmte Betriebe und Bezirke beschränken." (Paragraph 39 Zuwanderungsgesetz). Von allen Flüchtlingen über die im Jahre 2000 in Deutschland entschieden wurde, wurden nur 3% als asylberechtigt anerkannt. Unter einer SPD-geführten Regierung zogen darüber hinaus deutsche Soldaten erstmals seit 1945 wieder in den Krieg. Sozialdemokraten und Grüne haben dem Bombardement von Serbien durch die NATO ebenso zugestimmt wie jenem von Afghanistan durch die USA. Britische Soldaten erledigen für Bush die Drecksaufgaben in Kabul.

DAS KLEINERE ÜBEL WÄHLEN?

1998 waren in 13 von 15 EU-Staaten Sozialdemokratische Parteien in der Regierung. Seither verloren sie in Österreich, Italien, Dänemark, Portugal, den Niederlanden und

Zusammenarbeit mit der ÖVP vorstellen. Auch wenn in einzelnen Bereichen eine unterschiedliche Akzentsetzung angekündigt wurde: Die Festlegung aller Parlamentsparteien auf das neoliberalen Dogma des ausgeglichenen Budgets beweist, dass sich im Kern durch keine der etablierten Parteien etwas ändern würde. Jede künftige Regierung wird sich damit weiter an der Profitlogik und den kapitalistischen "Sachzwängen" orientieren.

NEUE ARBEITERINNENPARTEI AUFBAUEN

Eine Stimme für SPÖ oder Grüne ist unserer Meinung nach eine verlorene Stimme, weil sie eine Stimme für kapitalistische Politik ist. Sollten SPÖ und/oder Grüne an die Regierung kommen, werden sie weiter Sozialabbau betreiben. Beide Parteien werden weder die Privatisierungen, oder alle rassistischen Maßnahmen der großen, bzw. Wendekoalition zurücknehmen, noch die Studiengebühren zurückzuzahlen. Gleichzeitig wird vor allem eine rosa-grüne Regierung jedem Widerstand gegen ihre Politik mit dem Hinweis: "Wollt ihr wieder blau-schwarz" begegnen. Im deutschen Wahlkampf brachte der grüne Außenminister Joschka Fischer diese Strategie der Erpressung gegenüber ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und Gewerkschaften auf den Punkt: "Wählt so, dass ihr nachher nicht demonstrieren müsst." Wir meinen: Rosa-grüne Reformprojekte haben sich bisher als Kampfansage an ArbeitnehmerInnen und



dass es letztlich zu massiven Verschlechterungen für die Beschäftigten kam. In vielen Fällen wurden bei der Verkürzung von 39 auf 35 Stunden die Einkommen der ArbeitnehmerInnen vier Jahre lang eingefroren, was zu Reallohnverlusten von fast 10% führte. Das italienische Olivenbaumbündnis beschloss Deregulierungen der Arbeitsverhältnisse. Als Folge wurden seit dem Jahr 2000 zwei Millionen Jobs von Vollzeit in Teilzeitjobs umgewandelt und zwei Millionen ArbeitnehmerInnen zu "neuen Selbstständigen". Die Reallöhne sanken im selben Zeitraum.

In den Niederlanden wurden mit Hilfe des Polder-Modells, der Sozialpartnerschaft mit dem Ziel, Arbeitskämpfe zu verhindern - unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung - die Löhne rund 15% unter jenen des deutschen Nachbarn gehalten. In Österreich wurden unter der SPÖ eine Reihe neuer Beschäftigungsverhältnisse eingeführt, die insbesondere die Sozialversicherungskosten völlig auf die Beschäftigten abwälzen, und die Unternehmen "entlasteten" (geringfügige Beschäftigung, freie Dienstnehmer...). Heute arbeiten besonders Frauen in diesen Jobs, nach dem Motto "zum Leben zuwenig, zum Sterben zuviel".

ASYL/IMMIGRANTINNEN UND KRIEG

Im Kampf gegen die erstaunlichen ausländerfeindlichen Parteien versuchen besonders die Sozialdemokraten diese rechts zu überholen. Der britische New Labour Innenminister David Blunkett äußerte die Ansicht, die Kinder von AsylbewerberInnen, würden "die Straßen überschwemmen" - 75% dieser AsylwerberInnen erhalten abschlägige Bescheide. New Labour ist auch verantwortlich

Frankreich Stimmen und Regierungsmacht. Zeitgleich erzielten fast überall rechtsextreme Parteien erschreckende Erfolge. Jospin verlor fast 4 Millionen Stimmen, während gleichzeitig Le Pen in die Stichwahl zur französischen Präsidentschaft kam. In Österreich kam die rechtsextreme FPÖ in die Regierung, in den Niederlanden konnte die Liste Pim Fortuyn - selbst ohne ihren Frontmann - Erfolge verbuchen. Die Wahlniederlagen sozialdemokratischer Parteien gingen damit Hand in Hand mit dem Aufstieg der Rechtsextremen. Die Hoffnung, durch die Wahl für das kleinere Übel, Rechtsextreme verhindern zu können, ist in ganz Europa gescheitert. In Italien wurde Berlusconi 1994 durch einen Generalstreik gestürzt. Als Folge der katastrophalen Politik des Olivenbaumbündnisses wurde er aber 2001 wiedergewählt und hat heute eine weit stabilere Position als in den 90er Jahren. Das Ergebnis der Jospin-Regierung in Frankreich waren nicht nur der Wahlerfolg von Le Pen im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen, sondern auch der Wahlsieg des rechten Bürgerblocks bei den darauffolgenden Parlamentswahlen.

In ganz Europa sind PolitikerInnen aller etablierten Parteien in immer mehr Skandale verwickelt, immer absurd werden ihre Privilegien, immer höher ihre Einkommen. Gleichzeitig zerschlagen sie den Sozialstaat, entlassen öffentlich Bedienstete und belasten ArbeitnehmerInnen mit immer höheren Steuern. Der Unterschied zwischen sozialdemokratischen und grünen Parteien bzw. den alten bürgerlichen Parteien muss mit der Lupe gesucht werden. Entsprechend betrachten SPÖ und Grüne die verschiedenen Koalitionsvarianten rein machttaktisch: Beide Parteien können sich theoretisch eine

Jugendliche herausgestellt. Sie haben damit weiter die Grundlage für Erfolge der extremen Rechten geschaffen. Ein politischer Rechtsruck kann mit einer Stimme für ein solches Projekt nicht verhindert werden. Dazu braucht es eine politische Alternative, eine sozialistische Alternative. Solange es keine ArbeiterInnenpartei gibt, die die Wut über die Regierung aufgreift, Widerstand organisiert und Kämpfe anführt, können Rechtsextreme immer wieder bei Wahlen gewinnen. Die SLP steht schon seit längerem für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei. Wir sind diese neue Partei nicht, aber wir sind ein Teil bei ihrem Aufbau. Der entscheidende Faktor bei der Entstehung einer solchen neuen Partei sind die künftigen Klassenkämpfe, in denen eine neue Generation von ArbeiterInnen und Jugendlichen aktiv wird. In den letzten zwei Jahren gab es in Österreich in dieser Hinsicht eine Wende: Eine Reihe von Streiks, sowie auch Teile des "Widerstands" gegen "Blau-schwarz" haben die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung in Österreich wieder deutlich wahrnehmbar gemacht. Die größte Gefahr bestünde darin, wenn die Gewerkschaften jetzt - wie bereits angekündigt - geplante Arbeitskämpfe wieder abblasen. Wir wollen in diesem Wahlkampf an diesen Punkten und den konkreten Kämpfen, die wir in den letzten Jahren teilweise mitgeführt haben, ansetzen. Wir machen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern kämpfen mit aktiven ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, Frauen, GewerkschafterInnen und MigrantInnen. Daher nicht nur SLP unterstützen/wählen, sondern auch selbst aktiv werden. Die beste Wahl ist nicht nur die Unterstützung für die SLP durch eine Unterschrift,

Radikale AbtreibungsgegnerInnen im Vormarsch

Katholische Kirche ist mit dabei

Österreich scheint eines der Schwerpunktländer der radikalen Pro-Life Bewegung geworden zu sein. Kein Wunder, da sie hier die optimalen Bedingungen für ihre Aktivitäten vorfinden: Tatkräftige Unterstützung durch höchste Vertreter der katholischen Kirche und den ideologischen Rückhalt der (noch) blau-schwarzen Regierung.

VON CLAUDIA SORGER,
SLP - FRAUENSPRECHERIN

Die Aktivitäten der radikalen Abtreibungsgegner der Organisation Human Life International/ Ja zum Leben begannen im Jahr 1997, als sie erstmals einen "Marsch für das Leben" in Wien organisierten. Seither wurden vier sogenannte "Lebenszentren" eröffnet, die "Gehsteigerberatung" intensiviert, die Räumlichkeiten, in denen sich die Klinik "Lucina" (vormals Mairo) befindet gekauft und eine Kündigungsklage eingereicht, um so den Betrieb dieser Klinik massiv zu stören. In aggressiver Weise werden Patientinnen beim Betreten der Klinik belästigt und sind somit einem Spießrutenlauf ausgesetzt: Die "Pro-Life"-AktivistInnen stellen sich ihnen in den Weg und versuchen den Frauen Flugblätter aufzudrängen. Mit Plastikembryonen und überdimensionalen blutigen Bildern wird versucht, die Patientinnen moralisch unter Druck zu setzen. Auch das Klinikpersonal leidet unter diesem Psychoterror: Schon mehrmals wurden MitarbeiterInnen der Klinik bedroht, sie werden regelmäßig gefilmt und fotografiert. Die Sicherheitsmaßnahmen, die getroffen werden mussten, um die Patientinnen zu schützen, haben enorme Kosten verursacht. Human Life International setzt auf eine Einschüchterungstaktik, zu der die tagtäglichen Belästigungen ebenso gehören wie der Kampf gegen die Fristenlösung auf politischem und juristischem Weg.

Die Sozialistische Linkspartei - SLP führt seit Februar 2001 eine Kampagne zur Verteidigung der Lucina-Klinik und für das Recht

auf Schwangerschaftsabbruch mit Kundgebungen gegen die radikalen Abtreibungsgegner und mit Publikationen, in denen die Methoden von Human Life International (HLI) aufgezeigt werden. Prompt reagierte der Chef von HLI, Dietmar Fischer mit einer Privatklage wegen übler Nachrede gegen die Autorin dieses Artikels. Gegenstand der Klage ist ein Artikel, der zum Internationalen Frauentag in der Volksstimme erschienen ist und in dem die Methoden der radikalen Abtreibungsgegner beschrieben wurden. Wieder hat die Rechtsvertretung einen Anwalt der Ex-Kanzlei von Justizminister Böhmdorfer übernommen. Wenn die radikalen Abtreibungsgegner mit ihrer Klage durchkommen, bedeutet das eine weitere Offensive gegen das Frauenrecht auf Abtreibung. (Zum momentanen Zeitpunkt steht noch kein Gerichtstermin fest)

Auch diese Vorgehensweise deckt sich mit der Taktik, die von militärischen Abtreibungsgegner international angewendet wird. In den USA führen sie permanent Prozesse und Kampagnen gegen die sogenannten Pro-Choice-Organisationen. (Organisationen, die sich für das Recht auf Abtreibung einsetzen) Im Rahmen unserer Verteidigung vor Gericht werden wir den Wahrheitsbeweis antreten. Zahlreiche Frauen unterstützen uns dabei, indem sie aussagen, was ihnen widerfahren ist. Diese Frauen beweisen Mut, denn nach wie vor ist Schwangerschaftsabbruch ein gesellschaftliches Tabuthema für das sich nur wenige öffentlich einsetzen.

Nach Wien beginnt der Kampf um die Fristenlösung jetzt auch in

Salzburg. Nach Wien, Graz und Grieskirchen in Oberösterreich hat HLI im August das Vierte "Lebenszentrum" in Salzburg eröffnet. Mit einem Gottesdienst, abgehalten von Weihbischof Laun wurde das Lebenszentrum und seine Kapelle eingeweiht. Auch Erzbischof Eder dokumentierte seine Unterstützung "Denn der größte Weltkrieg aller Zeiten ist ja heute durch die Tötung der Leibesfrucht in den Leibern der werdenden Mütter." (Rupertusblatt, "Aus der Erzdiözese", 15.9.2002)

Die Eröffnung eines "Lebens-

psychische Notsituation aufgezeigt. Vielleicht ist es mit diesen Unterstützungen doch möglich, dass Sie ihr Kind behalten. Ist dies nicht der Fall, gibt es für Sie und Ihr Kind noch andere Möglichkeiten wie z.B. die Übergabe an Pflegeeltern oder Adoption." ("Schwanger und verzweifelt?" Land Salzburg (Hg.) März 2002)

Von der Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs ist keine Rede, diese wird einfach verschwiegen. Durch die Aktivitäten von HLI wird die Situation für Frauen weiter verschärft.

Empfangen wurden die Pro-Life-AktivistInnen in Salzburg und Wien von lautstarken Kundgebungen zur Verteidigung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch. Aber damit noch nicht genug der Pro-Life-Aktivitäten in Österreich. Von 10. bis 13. Oktober veranstaltet Human Life International eine "Weltkonferenz" in Wien. Mit dabei: Weihbischof Laun (wer hätte das gedacht). Im Konferenzprogramm finden sich christlich nächststehende Titel wie "Waffenrüstung im Kampf für das Leben" oder "Spiritual Warfare - Training für geistliche

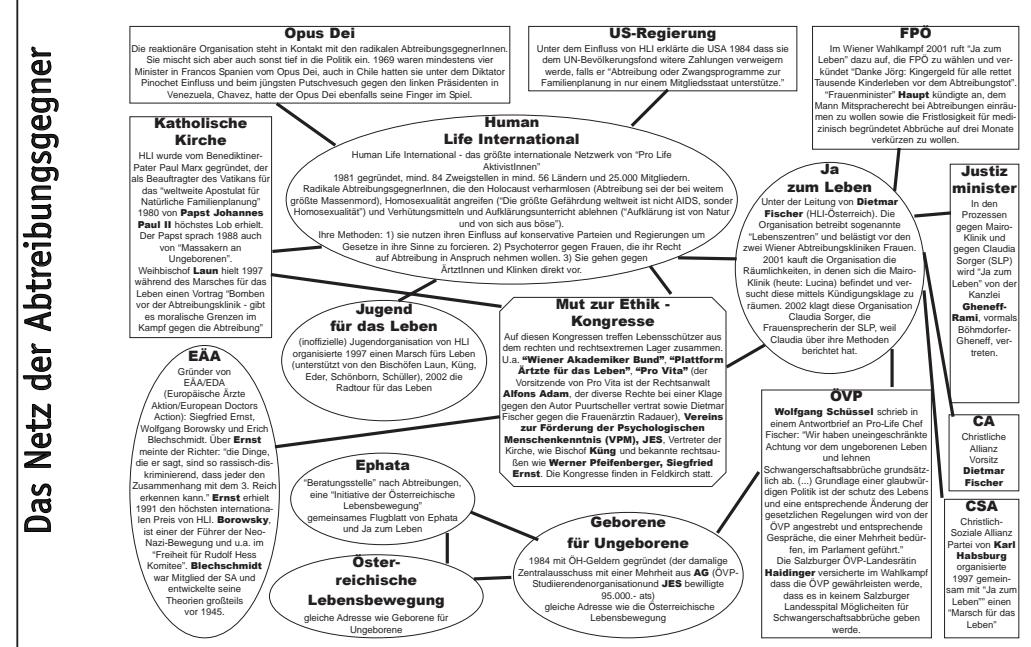
frauenfeindliche reaktionäre Ideologie, in der Schwangerschaftsabbruch unter allen Umständen verdammt wird, Verhütungsmittel generell abgelehnt werden und Homosexualität als eines der Übel dargestellt wird, die die Welt zerstören. Trotz dieser teilweise absurd Theorien schaffen sie es, ihre Einflussphäre auch vor dem Hintergrund rechter Regierungen auszuweiten und bekommen durch höchste Vertreter der katholischen Kirche beispielsweise auf Katholikentag für HLI und deren Kongress offensiv Werbung gemacht.

Abgesehen von der Verteidigung auf juristischer Ebene werden wir unsere Kampagne weiterführen, denn gerade jetzt ist es wichtig, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen. Die radikalen Abtreibungsgegner müssen gestoppt werden und das kann nur gelingen, wenn möglichst viele aktiv werden. Auch beim internationalen HLI-Kongress wird es wieder Kundgebungen für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch geben. Die SLP setzt sich u.a. für die Möglichkeit auf Schwangerschaftsabbruch in allen Bundesländern und auf Krankenschein und für eine Banne für radikale Abtreibungsgegner rund um Kliniken und Arztpraxen ein. Für die Klinik Lucina fordern wir die Unterbringung in Räumlichkeiten der Gemeindespitäler. Mehr als 27 Jahre nach Einführung der Fristenlösung in Österreich ist es notwendig, dieses Frauenrecht gegen die Angriffe radikaler Abtreibungsgegner erneut zu verteidigen.

Dieser Artikel erscheint zeitgleich in der Zeitschrift Anschläge

Termin:
Kundgebung gegen
die HLI-Prozession

Jeden letzten Samstag im Monat



zentrum" erweist sich jedoch besonders in Salzburg als prekär: Derzeit gibt es in Salzburg keine offizielle Möglichkeit, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen. Die amtierende Landesrätin Maria Haidinger (ÖVP), die sich schon mehrmals öffentlich gegen die Fristenlösung ausgesprochen hat, gab eine Broschüre mit dem Titel "Schwanger und verzweifelt?" heraus. Als Informationsangebote finden sich darin die Anonyme Geburt und das Babynest. "In der Beratung werden Ihnen verschiedene Hilfsmöglichkeiten in Bezug auf ihre soziale, finanzielle und

Salzburg war im Sommer auch einer der Städte in Österreich, wo ein Aktionstag von "Jugend für das Leben", einer weiteren Pro-Life-Organisation, stattfand. Auf einer "Fahrradtour für das Leben" zogen hauptsächlich jugendliche TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern von Bregenz nach Wien und wurden dabei tatkräftig unterstützt durch Vertreter der katholischen Kirche wie Weihbischof Laun. Ihren Schlusspunkt fand die Pro-Life Tour am 31. August in Wien mit einer Kundgebung und anschließender Messe im Stephansdom - ebenfalls mit Weihbischof Laun.

Kriegsführung". Und damit kein Zweifel am Ziel der Pro-Life-Bewegung bleibt: "Damit unser Land und ausgehend vom 'Marienland' Österreich auch andere Länder vom Übel der Abtreibung und der Kultur des Todes befreit wird, bitten wir Dich und möglichst viele Christen aus allen anderen Nationen, sich mit uns um Maria, der Frau, die der Schlange den Kopf zerteilen wird, im Gebet und im geistigen Kampf zu vereinen." Human Life International mobilisiert international gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Sie vertreten

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Di. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14
WIEN-SÜD I: Jeden Dienstag um 20 Uhr Bunte Kuh, 5., Zentag./Siebenbrunneng.
WIEN-SÜD II: Jeden Mi. um 19 Uhr Schlupfwinkel, 4., Kleine Neugasse
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38
SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN: Jeden 1. Montag im Monat, 19.00 Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13
SLP-FRAUEN: (nur für Frauen) Termine auf Rückfrage

Die SWI-Treffpunkte:

Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die SLP im Wahlkampf:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

10. - 13. 10: Aktionstage gegen den Kongress der fundamentalistischen Abtreibungsgegner von "Human Life International" in Wien

MI., 16. 10., 19.00 UHR, ORTSGRUPPE MITTE
Das Wahlkampf-Manifest der SLP

DI., 15. 10., 20.00 UHR, ORTSGRUPPE MARGARETEN
Parlamentarismus versus Räte-Demokratie

SA., 26. 10., 8.30 UHR, 2., GROSSE SPERLGASSE (LUCINA-KLINIK)
Kundgebung zur Verteidigung des Frauenrechts auf Abtreibung
danach: 11.00 Uhr Diskussion im Café Sperlhof

MI., 13. 10., 19.00 UHR, ORTSGRUPPE MARGARTEN Nein zur US-Kriegspolitik!

FR., 15. NOVEMBER, 19.30 UHR, ORTSGRUPPE NORD Wohin geht die FPÖ?

Wenn Sie über die Aktivitäten in Salzburg sowie Wahlkampf-Termine und Terminänderungen auf dem Laufenden gehalten werden wollen, genügt ein Mail an slp@slp.at oder eine Nachricht unter (01) 524 63 10.

FÜNF GEMEINDERÄTE DES CWI IN SCHWEDEN GEWÄHLT

Aus einer Aussendung unserer Schwesterpartei Rättvispartiet Socialisterna (RS), der schwedische Sektion des CWI:
In zwei der bevölkerungsreichsten Städte Nordschwedens verfügt die RS jetzt über 5 Gemeinderatssitze (um zwei mehr als 1998). Im Gemeinderat von Umeå - in den wir erstmals 1991 einzogen - stieg unser Stimmenanteil um 38 Prozent. Dadurch erhielten wir einen zusätzlichen Sitz. In Luleå verdoppelten wir unser Ergebnis von 1998 und zogen mit zwei Sitzen in das Stadtparlament ein. In beiden Fällen gewannen wir auf Kosten der "Linkspartei" (Ex-KP), welche die Rechnung für ihre Unterstützung von

Neues aus dem CWI

www.worldsocialist-cwi.org

Sozialabbau und Privatisierungen und ihre Anbiederung an die herrschenden Sozialdemokraten erhielt (...) In Umeå wurden 4,6 Prozent (+1,2 Prozent) der Stimmen und damit drei Stadträte erreicht, in Luleå waren es 3,3 Prozent (+2,0 Prozent) (...) Der Wahlerfolg für die RS im Norden Schwedens und die 41 neuen Mitglieder, welche der Partei während dem Wahlkampf beitrat, bedeuten eine wesentlich bessere Position bei unserer Teilnahme in den derzeitigen Kämpfen. Wahlen finden in Schweden immer gleichzeitig auf allen drei Ebenen statt. Zusammen genommen haben wir in Umeå und Luleå für den Gemeinderat kandidiert, eine Liste für das nationale Parlament aufgestellt, ebenso für vier Regionalparlamente und fünf weitere Gemeinderäte (...) Die RS Wahlkampagne im Stockholmer Wahlkreis konzentrierte sich auf Antirassismus und den Kampf gegen die extreme Rechte. RS organisierte eine Demo mit 400 SchülerInnen in Haninge gegen die faschistischen Nationaldemokraten. Ein Angriff einer kleinen Bande von Faschisten wurde zurückgeschlagen. Die Gratistageszeitung "Metro" (Auflage: 700.000) berichtete anschließend:

"Mattias Bernhardsson, Kandidat für die Rättvispartiet Socialisterna in Haninge, wurde ein Todesurteil von der Anti-Immigrationspartei der National Demokraten übermittelt". (...) Wo wir es schafften gewählt zu werden, war es die Partei zuvor gelungen eine entscheidende Anzahl von ArbeitnehmerInnen aus dem öffentlichen Dienst, vor allem Frauen (...) zu gewinnen. Letztes Jahr organisierte RS in Umeå symbolische "Punkstreiks" (rund fünf Minuten Dauer) in rund 30 Arbeitsstätten der Alten- und Behindertenpflege (...). Diese und andere Kampagnen im Kampf gegen Kürzungen haben unsere Partei im Bewußtsein vieler ArbeitnehmerInnen verankert. (...) In Luleå, hat uns unsere Kampagne gegen eine Schulschließung im Arbeitnehmerbezirk Svartösta-

Wahlen in Brasilien

Ein Land in der Krise

Das vergangene Jahrzehnt hätte für Brasilien, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, den Weg aus der Korruption und dem wirtschaftlichen und sozialen Verfall ebnen sollen. Tatsächlich steck das Land heute in einer ähnlich schweren Krise wie Argentinien. Viele Hoffnungen ruhen auf dem linken Präsidentschaftskandidaten Lula von der ArbeiterInnenpartei (PT).

VON PABLO HÖRTNER,
SLP-WIEN WEST

Die PT ist im Industrieviertel von São Paulo (ABC genannt) im Zuge der Klassenkämpfe gegen die Militärdiktatur in der zweiten Hälfte der 1970er entstanden. Sie ist bis heute die bedeutendste linke Oppositionspartei auf dem Kontinent. Bei den Kommunalwahlen 1988 schaffte die PT den Einzug ins Rathaus von São Paulo und verursachte damit eine schwere Niederlage für die brasilianische Kapitalistenklasse. Lula, Gründer dieser Sammelpartei, die ein Zusammenschluss von ungefähr 10 Bewegungen ist, war 1989 bei den Stichwahlen zur Präsidentschaft Collor nur knapp unterlegen. Zwei weitere Male - 1994 und 1998 - musste sich Lula knapp geschlagen geben; in diesem Jahr könnte der Führer der PT tatsächlich gewählt werden. Lula ist allerdings während der letzten Jahre weit nach rechts gegangen. In der PT haben sich zunehmend die reformistischen Kräfte durchgesetzt. Eine Fundamentalopposition zur jetzigen Staatsführung unter Cardoso wurde in der Führung

mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen bot Lula die PT den Kapitalisten sogar als verlässlichen Juniorpartner an; diese lehnten allerdings einstweilen noch ab. Die PT ging trotzdem aus den Kommunalwahlen im Oktober 2000 als Hauptgewinnerin hervor. Das von ihr in der Provinz Rio Grande do Sul (Hauptstadt Porto Alegre) eingeführte "partizipative Budget", das 30% der Steuereinnahmen für Bildung vorsieht, ist den Herrschenden ein Dorn im Auge und führte aber auch zu internen Spannungen in der Partei. Lula reiste vor einigen Monaten nach Washington D.C., um an den Währungsfonds zu appellieren, ein Brasilien unter einer PT-geführten Regierung nicht zu boykottieren und doch bitte sofort Kredite für das Land zu Verfügung zu stellen. Die Währungskrise ist groß, ebenso die Staatsverschuldung. Doch die Erfahrungen aus Argentinien und Uruguay sollten Lehre genug sein. Es ist klar, dass die Kredite von Weltbank und IWF bloß vergeben werden, um das Land in Geiselhaft zu nehmen und die Unterdrückung und Armut zu ver-

größern. Einen Ausweg aus dem Teufelskreis der Krise oder gar aus dem Kapitalismus bieten diese Institutionen nicht. Im Gegenteil: Sie verschärfen die Abhängigkeit und spalten dadurch die Widersprüche in der Gesellschaft weiter zu.

KLASSENKÄMPFERISCHE ALTERNATIVE

Von seiner Vergangenheit als Gewerkschafter und Sozialist hat sich Lula bereits vor einiger Zeit verabschiedet. Mit jedem verpassten Regierungseintritt wurde das Programm der PT weiter nach rechts "korrigiert". Eine Partei der ArbeiterInnen und der Jugend - für dieses Ziel kämpft die brasilianische Schwesterorganisation der SLP, Revolutionärer Sozialismus (SR). Die 1964 gegründete Landlosenbewegung MST (Movimento sem terra) - die größte soziale Bewegung Lateinamerikas - beispielsweise wurde von der PT maßgeblich mitaufgebaut. Der PT-nahe Gewerkschaftsdachverband CUT spielt in der MST eine zentrale Rolle. Dennoch hat sich die Solidarität der PT-Führung auf Worte beschränkt. Solidarität aufzubauen würde bedeuten, die Bewegung auf dem Land mit der Bewegung der ArbeiterInnen und der Jugend in der Stadt zu verbinden und versuchen und dort die eigene Führung auszubauen. So hat SR die Initiative zur

Die Hoffnungen vieler ArbeiterInnen, Jugendlichen und städtischen Armen ruhen auf Lulas Schultern. (E)

(Movimento sem educacao) unter der Jugend ergriffen, die nun Teil von International Socialist Resistance ist. Außerdem stellt SR selbst KandidatInnen für die PT auf, die sich von den meisten anderen KandidatInnen durch ein klares sozialistisches und klassenkämpferisches Programm und Profil unterscheiden. Sollte der Rechtsruck in der PT sich fortsetzen, ist sogar eine bedeutende linke Abspaltung nicht auszuschließen. Die Gefahr für die Kapitalisten geht nicht von der PT aus. Was sie fürchten, sind die ArbeiterInnen, die ihren Forderungen durch Massenmobilisierungen Nachdruck verleihen könnten. Schaffen die fortgeschrittenen Schichten es nicht, in diesem Kampf eine neue Führung aufzubauen, könnte die Bewegung auf halbem Wege stehen bleiben, wie es momentan in



Argentinien der Fall ist. Lula hat in Umfragen um die 40%. Auch der frühere Gesundheitsminister José Serra (Sozialdemokrat) und der frühere Finanzminister Ciro Gomes haben eine gewisse Unterstützung, was für einen klaren Linkstrend spricht. Nichtsdestotrotz hat Lula Angst vor der Androhung ausländischer Kapitalisten, wegen der Währungskrise und Lulas geplanter Wirtschaftsmaßnahmen Kapital abzuziehen, weshalb er auf eine Allianz mit der Bourgeoisie baut. So bestätigte Lula am 19. Juni, dass die PT-Führung den Multimilliardär José Alencar von der PL (Liberale Partei) zu seinem Vizepräsidenten bestimmen würde!

Die Präsidentschafts-, Parlaments- und Gouverneurswahlen am 6. Oktober sind eine große Herausforderung für die radikale

Anders als die Anderen:

Genosse Joe, unser Abgeordneter

Während sie sich gemeinsam in der Parlamentsmensa an billigen Lachsbrötchen erfreuen, besucht er KrankenpflegerInnen um einen Streik gegen Kürzungen im Gesundheitswesen zu planen. Während sie sich in der Parlamentsdebatte an "Sachzwänge" ketten, kettet er sich medienvielsam mit Handschellen an ein Geländer, um die Lage der ArbeiterInnenklasse zu veranschaulichen. Während sie sich über die Parteidgrenzen hinweg von der neoliberalen Standortlogik erpressen lassen (wollen), wird er nicht müde, gegen alle Kürzungen und Verschlechterungen zu stimmen, die im Parlament zur Abstimmung gebracht werden. Joe Higgins ist Parlamentsabgeordneter in Irland. Und er ist anders als die andern.

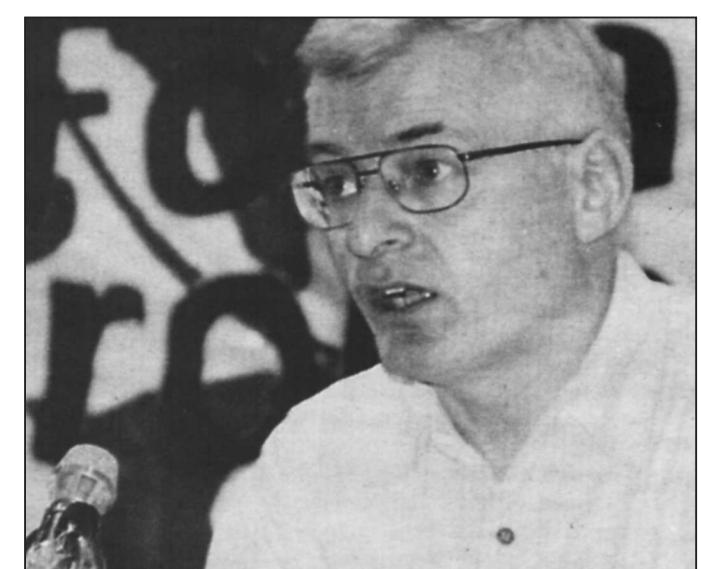
PIA ABEL, SLP-WIEN MITTE

Nicht sein stylisches Outfit und tolle Plakate brachten ihm einen Sitz im irischen Parlament: es war ein siegreicher Kampf gegen Wassergebühren. Unsere Schwesterpartei "Socialist Party" führte eine erfolgreiche Kampagne gegen die Einführung der Wassersteuer durch, die auch den ersten Schritt zur Privatisierung der Wasserversorgung bedeutet hätte. 1996 musste die Regierung diese Maßnahme wieder zurücknehmen und ein Jahr später erreichte die Partei den Einzug in die Nationalversammlung. Ein Trotzkist saß ab da im Parlament - ein Meilenstein in der Geschichte Irlands, aber auch der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Ab diesem Zeitpunkt war

Ungerechtigkeit und Korruption anzuprangern.

FACHARBEITERINNENLOHN

Joe Higgins hat keinen Dienstwagen, und schon gar keinen Chauffeur. Er verdient nicht mehr als jene, mit denen er kämpft. Von allen Einkünften aus seiner Parlamentstätigkeit, überlässt unser Parlamentarier bis auf einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn alles unserer Internationale "CWI", oder ihrer irischen Sektion "Socialist Party". Mit diesem Geld werden nicht nur in Irland, sondern in über 35 Ländern der Welt der Kampf gegen den neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft und für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei mitfinanziert. Ein Parlament kann unsere Kämpfe nicht ersetzen, das bestätigt Joe mit Nachdruck, wenn er erzählt, wo und wie tatsächlich die wichtigen Entscheidungen fallen. Das geschieht nämlich in den Chefetagen. Parlamentarische Arbeit kann aber aufgrund der medialen Aufmerksamkeit, eine Öffentlichkeit herstellen, die ansonsten viel schwerer zu erreichen wäre.



WAHLEN 2002 - AUCH IN IRLAND

Auch die irische Bevölkerung ging heuer wählen. Die Wahlbeteiligung betrug im Juni dieses Jahres 63%, und dass trotz begleitender Maßnahmen seitens der Regierung, den Menschen den Urnengang schmackhaft zumachen (die Wahllokale hatten z.B. länger offen, "lustige" Spots forderten auf, wählen zu gehen). Entgegen diesem Trend führte unsere irische Schwestersektion einen sehr erfolgreichen und politischen Wahlkampf, der schon lange vor dem Wahlgang selbst begonnen hatte. Die "Bin

Tax Campaign" richtete sich gegen die Einführung von Müllgebühren und deren willkürlichen und unökologischen Charakter. Die gleichzeitige Abschaffung der Körperschaftssteuer und das "Andenken" der Privatisierung der Müllsammlung waren Zündstoff genug. ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche in einer breiten Kampagne zu mobilisieren. Gleichzeitig galt es einen großen Streik im Gesundheitswesen zu bestreiten, der durch die Kandidatur der Socialist Party auch eine Stimme auf dem Wahlzettel bekam.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.



Auch der österreichische Wahlkampf verläuft im Schatten eines Krieges. Fast täglich fliegen US-Flugzeuge Angriffe auf irakisches Gebiet. Während Bush's Drohgebärden gegen den Irak täglich neue Facetten annehmen, laufen hinter den Kulissen die letzten militärischen Vorbereitungen für eine US-Offensive. Ob mit oder ohne UN-Mandat: Hier geht es um ökonomische und strategische Interessen und nicht um eine humanitäre Intervention.

**VON WOLFGANG FISCHER,
SLP WIEN-MITTE**

Seit Wochen röhren Bush und sein "Schoßhündchen" Blair auf internationaler Ebene die Kriegstrommel für einen "Präventivschlag" gegen den zur "Achse des Bösen" zählenden Irak. Der Irak verfüge über ein großes Arsenal an Massenvernichtungswaffen, so zumindest die "offizielle" Version, die jedoch von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) widerlegt wurde. Parallel zur medialen Kriegsvorbereitung, wurden bereits Anfang September die massivsten Luftangriffe seit 4 Jahren in den (von den USA 1992 einseitig erklärten) Flugverbotszonen im Südwestirak geflogen.

FEIGENBLATT UNO

Seither haben die USA und Britanniens ihren Druck auf die UNO erhöht, eine kriegsvorbereitende Resolution gegen Irak im UN Sicherheitsrat zu beschließen. Unerfüllbare Forderungen, "any time - any place"-Inspektionen, sollen den Irak provozieren und somit die

genutzt werden dürfen, blieb ebenfalls offen. Konsens somit ist: sollte die UNO grünes Licht geben, ist auch eine "EU-Beteiligung" wahrscheinlich.

PULVERFAß NAHER OSTEN

Eine Intervention im Irak hätte gewaltige Rückwirkungen auf die "Stabilität" im Nahen und Mittleren Osten. Die Wut der Menschen auf den US Imperialismus und dessen pröwestliche, korrupte Regimes entsteht ständig neu durch die täglich spürbare soziale und ökonomische Ausbeutung. Neoliberale Politik führte auch hier zu fallenden Löhnen, Massenarbeitslosigkeit und Verarmung weiter Teile der Bevölkerung. Demgegenüber steht der unverschämte Schaugetragene Reichtum der herrschenden Familien. Doch auch die letzten Militäroperationen in Afghanistan und Sharons Massaker in Ramallah und Hebron haben den Menschen die Illusionen für eine dauerhafte Konfliktlösung und gesicherte Entwicklung in einer kapitalistischen Weltordnung genommen.

Das feudale saudi-arabische Regime, US-Juniorpartner in der Region hat auf Grund des gewaltigen innenpolitischen Drucks eine Nutzung seiner Militärbasen für den Angriff auf den Irak untersagt. Ein in Zukunft möglicher Sturz der saudischen Herrscherfamilie könnte jedoch

den Wechsel zu einem fundamentalistischen Regime bedeuten - die Interessen der US-Ölkonzern, die mehr als 50% der Fördermengen kontrollieren, wären somit massiv bedroht. Vor diesem Hintergrund ist die Logik von Bush & Co. klar: Ein Sturz von Saddam Hussein und die Installierung eines pröwestlichen Regimes würde den zweitgrößten Ölproduzenten der Welt für US-Profite "öffnen". Doch sind diese Pläne für den Imperialismus extrem riskant - ähnlich wie die meisten europäischen Regierungen bremsen deshalb auch einige "Tauben" im US-Kongress. Doch ein Gewinner steht schon jetzt fest: Für US-Unternehmer aus der Waffenlobby bietet jeder Krieg viele Chancen. Einerseits lassen sich alte Waffenlagerbestände kostengünstig "beseitigen", andererseits kann die größte Rüstungsindustrie der Welt mit einen fetten Gewinn sowie die Vergabe weiterer Rüstungsprojekte rechnen.

INTERNATIONALE MASSENBEWEGUNG AUFBAUEN!

Kapitalismus bedeutet Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg für die überwiegende Mehrheit der Menschen. Auch bei uns ist die innere Aufrüstung nicht erst seit dem 11. September 2001 zu bemerken. Angefangen von der Einschränkung des Demon-

strationsrechtes (Vermummungsverbot) und des Infragestellen des Streikrechtes für öffentlich Bedienstete spannt sich der Bogen über den Aufbau des Überwachungsstaates (Lauschangriff und Rasterfahndung) bis hin zur Erweiterung von Polizeibefugnissen und Ausbau der Kompetenzen von Staatsanwaltschaft und Geheimdiensten (Europol / Eurojust). Die "Bekämpfung terroristischer Aktivitäten" ist nur ein Vorwand der herrschenden Klasse, um demokratische Rechte einzuschränken und zu kriminalisieren. Dass diese Strategie nicht aufgeht, hat die letzte Demonstration gegen den WEF-Gipfel in Salzburg bewiesen. Trotz massiver Repression im Vorjahr und dem größten Polizeiaufgebot in der Nachkriegsgeschichte nahmen an der Demonstration rund 4.000 Menschen teil.

EINE SOZIALISTISCHE WELT IST MÖGLICH

Um Krisen, Kriege und Chaos global wirkungsvoll zu bekämpfen muss deren Verursacher, der Kapitalismus bekämpft werden. Das bedeutet, international ArbeiterInnenmassenparteien aufzubauen, bei uns genauso wie etwa im Nahen Osten. Nur ein gemeinsamer internationaler Kampf kann die Grundlage für eine zukünftige, sozialistische Gesellschaft legen.